

GRÜNE FREIHEIT

ZUR 38. ORDENTLICHEN BUNDESDELEGIERTENKONFERENZ VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MITTE NOVEMBER 2014 IN HAMBURG

Von Jochen Weichold

Die Bundestagswahl 2017 wirft längst ihre Schatten voraus. Obwohl bis dahin noch rund drei Jahre ins Land gehen werden, spielte die Frage, wie sich Die Grünen für dieses Ereignis am günstigsten aufstellen können, sowohl offen als auch unterschwellig auf der jüngsten Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der Öko-Partei in Hamburg eine wichtige Rolle. Seit der Niederlage der Grünen bei der Bundestagswahl 2013 wird eine Debatte über eine Neuausrichtung der Grünen geführt, die bis heute nicht entschieden ist und bei der es im Kern darum geht, ob sich Die Grünen eher sozial (und damit links) verorten und sich im Interesse von Energiewende und Ökologie, Gerechtigkeit und einer modernen Gesellschaft für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums engagieren oder ob sie sich «wirtschaftsnah» orientieren und dem konservativen Lager annähern sollten, an das sie schon seit ihrer Gründung mit ihren Nachhaltigkeits- und Erhaltungsgedanken anschlussfähig sind.

In diesem Kontext war ein Antrag, den der Grünen-Fraktionschef im Hessischen Landtag, Mathias Wagner, mit prominenter Unterstützung aus dem Realo-Lager (darunter Tarek Al-Wazir, Priska Hinz, Anja Hajduk, Dieter Janecek und Tom Koenigs) eingebracht hatte, als Kampfansage an die Parteiführung, vor allem aber an die Parteilinke, zu verstehen. Das Papier wollte den Kurs für eine «Regierungsbeteiligung 2017» vorgeben und forderte, die Partei müsse «endlich die Angst davor verlieren, in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein». Manchen Mitgliedern der Grünen falle es bis heute schwer, «aus dem Kampfmodus gegen die Gesellschaft herauszukommen». Und: «Mancher scheint regelrecht Angst davor zu haben, mit den eigenen Positionen in der Gesellschaft mehrheitsfähig zu sein.» Die Grünen sollten mit dem Dreiklang «ökologisch, gerecht und frei» die inhaltliche Arbeit für den Regierungswechsel 2017 intensivieren. Ganz nebenbei entsorgte der Antrag damit die Essentials «basisdemokratisch», «sozial» und «gewaltfrei» aus dem grünen Gründungskonsens.

Der Realo-Antrag rief sofort einen als Änderungsantrag deklarierten Gegenantrag hervor, der den gesamten ursprünglichen Text durch einen neuen ersetzen wollte. Aber wie bei den rund 600 anderen Anträgen und Änderungsanträgen zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten der BDK, die in den Antragstellertreffen von der Parteitagsregie vor allem durch Übernahmen, modifizierte Übernahmen und Kompromisse zumeist zusammengeführt werden konnten, gelang es auch in diesem Fall, die konträren Anträge zu einem neuen Papier zu vereinen, das auf Verbal-Injurien verzichtet und den Blick nach vorn richten will. Betont wird nun im beschlossenen Papier «Grüner Aufbruch 2017: Eigenständig und auf Grundlage unserer Werte», dass Die Grünen Politik und Gesellschaft aktiv mitgestalten wollen. Zwar könne man auch im Rahmen der Opposition in einem gewissen Maße die Dinge zum Besseren verändern, doch funktioniere das politische Gestalten deutlich besser durch Regieren. «Darum wollen wir spätestens ab 2017 auf Bundesebene wieder mitregieren.»

Schwerpunkte der 38. BDK der Grünen, die vom 21. bis zum 23. November 2014 in der Hansestadt tagte, waren die Debatten zu «Freiheit und Selbstbestimmung» und zu einer «Europäischen Friedensordnung». Die Delegierten befassten sich unter dem Motto «Mehr Biss. Grün» zudem mit der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik der Partei (Stichwort: Agrarwende), mit der Klimapolitik, mit dem Schacht Konrad, mit der Flüchtlingspolitik sowie mit Fragen der Inklusion und beschlossen den Haushalt der Partei und Satzungsänderungen. Schließlich widmeten sich die Basisvertreter an Hand der Studie «Die Grünen und die Pädosexualität» des Göttinger Instituts für Demokratieforschung der Aufarbeitung eines dunklen Kapitels ihrer Parteigeschichte.

REDEN DER SPITZENPOLITIKER

Co-Parteichef Cem Özdemir erinnerte in der Politischen Rede des Bundesvorstandes vor den rund 800 Delegierten daran, dass vor 25 Jahren «die Menschen in der ehemaligen DDR die Mauer zum Einstürzen gebracht haben» und wenig später die Grüne Partei in der DDR gegründet wurde. Er zitierte den Bürgerrechtler Rainer Eppelmann, der einmal über die DDR sagte: «Es gab privates Glück – aber keine Freiheit.» Für diese Freiheit seien die Menschen damals auf die Straße gegangen, hätten sie «ihre Zukunft riskiert, Gefängnisstrafen oder gar Schlimmeres in Kauf genommen» und schließlich «den Unrechtsstaat ohne Einsatz von Gewalt in die Knie gezwungen». Von daher dankte er seinen Parteifreunden in Thüringen, dass sie bei den rot-rot-grünen Koalitionsverhandlungen erfolgreich klargestellt hätten, dass sich derjenige, der mit den Grünen koalieren wolle, dazu bekennen müsse, «dass die DDR ein Unrechtsstaat war».

Der Parteichef betonte, dass es in der politischen Ideengeschichte keine größere und mächtigere Idee als die der Freiheit des Menschen gebe, die Freiheit, sagen zu dürfen, was man denkt, aber auch die Freiheit, sich und seine Träume verwirklichen zu können. Keine demokratische Partei oder Bewegung habe den Begriff und den Wert der Freiheit für sich alleine gepachtet. Wenn man sich allerdings Freiheit als Wert für «eine linksliberale Partei wie Die Grünen» veranschauliche, dann falle etwas Fatales ins Auge: In Deutschland herrsche der Eindruck, das linke, progressive Parteien vor allem für die Bekämpfung der Ungleichheit zuständig seien, während sich die konservativen, rechten Parteien angeblich um die Freiheit kümmern würden. Dabei sei es historisch geradezu absurd, Konservativen oder gar Rechtspopulisten den Freiheitsbegriff zu überlassen. Viele Freiheitsrechte mussten und müssen ja gerade erst gegen sie erkämpft werden, unterstrich Özdemir und sagte: «Wir Grüne dürfen den Freiheitsbegriff nicht den anderen überlassen, nur weil die ihn marktradikal pervertiert haben.»

Co-Parteichefin Simone Peter wandte sich in ihrer Rede dem Thema Freihandel zu. Sie erklärte, nur fairer Handel sei wirklich freier Handel. Die Grünen wollten dabei weder ein Umwelt- und Sozialdumping, noch ein Einfallstor für die Gentechnik, und sie wollten keine Sonderklagerechte für Konzerne, die die Demokratie aushebeln. Deshalb würden Die Grünen weiter Druck machen, um TTIP und CETA zu stoppen. In ihrer Tour d'Horizon ging Peter auf die Flüchtlingspolitik ein, ein Feld, auf dem sich gerade Tragödien epischen Ausmaßes abspielten. Tragödien, auf die die Bundesregierung «mit kaltem Herzen und harter Hand» reagiere. Angesichts dessen betonte die Parteichefin für Die Grünen: «Wir aber wollen kein Europa, das die Zäune immer höher zieht. Wir streiten für Hilfe statt Abschottung und für Menschlichkeit statt Fremdenhass!» Die Grünen würden die primäre Verpflichtung darin sehen, Flüchtlinge aufzunehmen, Konflikte vorzubeugen und zivile Hilfe zu leisten.

Simone Peter unterstrich, Die Grünen seien keine Funktionspartei. Sie seien immer Programmpartei gewesen und wollten dies auch bleiben: «Über grüne Eigenständigkeit reden wir nicht nur, wir praktizieren sie – in Hessen heißt das Schwarz-Grün und in Thüringen demnächst wohl Rot-Rot-Grün.» Die grüne Handschrift heiße hier wie dort Klimaschutz, Bildung und Bürgerbeteiligung. «Unser Kompass ist das grüne Programm!» Die Parteichefin rief die Mitglieder der Grünen auf: «Genug der Binnendebatten! Kein Fingerzeigen mehr! Lasst uns gemeinsam rausgehen und für unsere Ideen werben. Gemeinsam – als Bündnis 90/Die Grünen!»

Katrin Göring-Eckardt, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, sprang in ihrer Rede ohne erkennbares Konzept von einem Punkt zum anderen. Neben Zustimmungsfähigem stand Fragwürdiges. Auf der einen Seite verteidigte Göring-Eckardt die Entscheidung, in Thüringen mit der LINKEN und der SPD eine rot-rot-grüne Regierung zu bilden. Sie erklärte, heute müsse die Freiheit wieder verteidigt werden – gegen die neuen Konservativen von der AfD und gegen die Rechtspopulisten in ganz Europa. Sie kritisierte die Kohle- und Energiepolitik des Bundeswirtschaftsministers Gabriel: «Wer vor der Kohlelobby einknickt und sich vom Klimaschutz verabschiedet, legt Hand an die Freiheit unserer Kinder.» Die Fraktionsvorsitzende sagte, Freiheit müsse heute auch auf ganz neuen Feldern erkämpft werden: «Längst ist unsere Lebenszeit zu einer harten Währung geworden.» Zeit sei kein Eliten-Thema, wenn hunderttausende Arbeitnehmer an ihre Gewerkschaft appellieren, bei den kommenden Tarifverhandlungen vor allem selbstbestimmte Zeit heraus zu handeln – Zeit für sich, für die Familie, für Freunde ...

Auf der anderen Seite forderte Göring-Eckardt, Freiheit und Wirtschaft zusammenzudenken. Das heiße «weniger Rückwärts mit Sigmar Gabriel und mehr Vorwärts mit Winfried Kretschmann». 2014 sei für viele Menschen der Kampf um Freiheit existenziell. Vor einem Jahr, am 21. November 2013, seien die Freiheitsproteste auf dem Maidan gestartet. Als der Kreml gegen die Demokratiebewegung interveniert habe, hätte die Gewalt in der Ukraine begonnen. In diesem Kontext attackierte die Fraktionschefin den früheren Brandenburger Ministerpräsidenten Matthias Platzeck, weil er sich dafür ausgesprochen hatte, die Annexion der Krim anzuerkennen. Sie erklärte, Die Grünen stnden fest an der Seite der Ukraine.

DIE DEBATTE ZU «FREIHEIT UND SELBSTBESTIMMUNG»

Die Debatte zur «Grünen Freiheit» offenbarte sowohl differierende Konzeptionen und Interpretationen des Begriffs als auch Unterschiede hinsichtlich der daraus zu ziehenden praktischen Konsequenzen. Winfried Kretschmann, grüner Ministerpräsident in Baden-Württemberg, betonte, Freiheit sei nicht möglich ohne Verantwortung, und erklärte: «Die Grünen sind eine wirtschaftsfreundliche Partei.» Ganz im Geiste des Ordo-Liberalismus meinte er, grüne Politik müsse einen ökologischen ordnungsrechtlichen Rahmen schaffen, in dem sich die Wirtschaftsakteure frei und ungehindert entfalten könnten. Er habe feststellen können, dass im Südwesten bereits viele Unternehmer grün denken würden.

Dem gegenüber erinnerte der Europaabgeordnete Sven Giegold daran, dass Die Grünen fast all ihre großen Erfolge gegen die Wirtschaft erstreiten mussten. Und der Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler verwies darauf, dass Die Grünen nach wie vor «viele Feinde» in der Wirtschaft hätten. Kretschmanns Position sei naiv: Viele Konzerne beuten die Natur und die Menschen aus. Dagegen müsse die Politik Regeln setzen. Sven Lehmann, Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen Grünen, und weitere Delegierte unterstrichen, dass Freiheit nicht ohne soziale Sicherheit zu gestalten sei. Lehmann fragte, wie groß die Freiheit eines Hartz-IV-Empfängers sei, dem das Existenzminimum gekürzt werde, weil er einen Termin bei der Arbeitsagentur verpasst habe. Andere Basisvertreter hoben in diesem Sinne den für den grünen Freiheitsbegriff konstitutiven Zusammenhang von Freiheit und Solidarität hervor. Gerade dadurch unterscheide er sich vom Freiheitsbegriff der FDP.

Während Marianne Birthler, einst Gallionsfigur von Bündnis 90, mit dem Blick auf die um Freiheit ringende Bürgerbewegung der DDR eine rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen ablehnte, strich die langjährige Thüringer Landesvorsitzende der Grünen, Astrid Rothe-Beinlich, heraus, sie sei 1989 nicht auf die Straße gegangen, um mehr als 25 Jahre von einer CDU regiert zu werden, die zwei Blockparteien, die eng mit der SED kooperierten, mit offenen Armen aufgenommen habe. Wenn sich nun die Möglichkeit ergebe, mit Rot-Rot-Grün eine ökologisch und sozial fortschrittliche Politik in Thüringen zu gestalten, gelte es diese Chance zu ergreifen. Daher werde sie im Landtag für Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten stimmen. Im beschlossenen Leitantrag betonten Die Grünen, Freiheit zu schtzen und zu verwirklichen sei ein Kernanliegen grüner Politik. Freiheit sei einer von vier Pfeilern, die die grüne Programmatik tragen würden. Das Grundsatzprogramm von 2002 stelle Selbstbestimmung und Freiheit als einen grünen Grundwert neben Ökologie, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. «Uns einen als Partei diese Grundwerte. Als Partei der Ökologie treten wir ein für eine offene Gesellschaft und erweiterte Gerechtigkeit. Wir sind als Grüne weder eine konservative, noch eine liberale oder sozialdemokratische Partei, sondern eine eigenständige politische Kraft», wird in dem Papier betont.

Die Grünen hätten in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten Freiräume für mehr Selbstbestimmung erkämpft. Doch ihr Einsatz für Freiheit und Selbstbestimmung sei gerade in der jüngeren Vergangenheit nicht immer so wahrgenommen, teils sehr bewusst missinterpretiert und auch von ihnen selbst nicht immer so signalisiert worden. «Die politische Linke hat den Wert von Freiheit und Selbstbestimmung viel zu häufig vernachlässigt.» Neoliberale hätten Freiheit ohne Verantwortung gepredigt und für maßlose Deregulierung missbraucht. Für die Freiheit der Zocker müsse jetzt die Gemeinschaft geradestehen. «Dem neoliberalen Verständnis von Freiheit, welches vor allem den Staat als unwillkommene Gängelung individuellen Gewinnstrebens wahrnimmt und im Recht des Stärkeren endet, setzen wir eine verantwortungsbewusste, emanzipatorische, partizipative und solidarische Freiheit entgegen.»

Im Beschluss heißt es weiter: «In unserem Grundsatzprogramm haben wir einen emanzipatorischen Freiheitsbegriff definiert. Freiheit, Emanzipation und Selbstbestimmung gehören für uns Bündnisgrüne untrennbar zusammen. Jede und jeder soll sich frei entfalten, so lange damit nicht in die Freiheit der Anderen eingegriffen wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitgestaltet

wird, in der alle Menschen ihr Leben selbst gestalten, ihre Kreativität ausleben und ihre Potentiale nutzen können – frei von Bevormundung.» Gesetzlichen Bestimmungen und gesellschaftlichen Normen, die Menschen diskriminieren, würden sich Die Grünen entgegenstellen.

Der grüne Leitspruch «Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt» verdeutliche, dass die ökologischen Grenzen den Rahmen der Freiheit jeder Generation bilden würden. Für Die Grünen sei klar, dass es sowohl Regulierung und Vorschriften brauche, als auch freien Raum für neue Ideen und kreative Ansätze. Dabei werde es immer wieder nötig sein, in die individuellen Freiheiten und Interessen einzugreifen. Freiheit erfordere Gerechtigkeit und eine sozial ausgleichende Politik, wenn sie nicht die Freiheit einiger weniger meinen soll. «Freiheit wird nicht durch Gerechtigkeit eingeschränkt, sondern nur in einer gerechten Gesellschaft können alle frei leben. Unser Freiheitsbegriff ist ein solidarischer. Sollen Freiheit und Selbstbestimmung nicht für viele nur leere Versprechen sein, braucht es soziale Sicherung und öffentliche Güter.»

Freiheit sei immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. «Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein.» Die Grünen wollen demokratische Strukturen und Entscheidungsmechanismen verteidigen. Gerade in Zeiten der Globalisierung sei ein besseres Europa die Antwort auf die Sicherung und Gestaltung von Freiheit. Die EU müsse politisch und demokratisch handlungsfähig bleiben und die Auswüchse des Neoliberalismus einhegen und nicht über Geheimverträge wie ACTA oder TTIP voranbringen. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger würden aber dann tangiert, wenn der sie schützende Rechtsrahmen durch internationale Abkommen unterminiert werde. In diesem Kontext kämpfen Die Grünen gegen Investor-Staats-Klagen, die in den Abkommen TTIP und CETA die demokratisch legitimierten Institutionen zu untergraben drohen. Sie erklären: «Uns ist die Freiheit der Menschen wichtiger als die Freiheit des Kapitals.»

Die Grünen betonen: «Unsere Vision ist es, allen Menschen die gleiche Chance zur Verwirklichung ihrer Freiheit zu geben.» Diese Freiheit sei voraussetzungsreich und brauche soziale Sicherheit und Solidarität. Ansonsten bleibe Selbstbestimmung auf wenige begrenzt, die sich diese leisten können. Dazu brauche es einen handlungsfähigen Staat, der die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegen Einschränkungen schützt und der die Voraussetzungen für freie Entfaltung ermöglicht. Freiheit und Selbstbestimmung seien in Gefahr, wenn die Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge nicht funktionieren.

Fairer Wettbewerb und eine sozial-ökologische Marktwirtschaft seien «ökonomische Pfeiler unserer Freiheitsordnung». Innovationsgeist, Unternehmertum und der Wettbewerb um neue Lösungen und Produkte seien Ausdruck wirtschaftlicher Freiheit, die Die Grünen stärken wollen. «Doch ungezügelter deregulierter Märkte sehen wir ebenso als Bedrohung der Freiheit wie eine Machtwirtschaft, die durch Marktmacht und undurchsichtige Verstrickungen den Wettbewerb aushebelt.» Die Grünen hätten und bräuchten Partner in der Wirtschaft, gerade im Mittelstand, um die notwendige ökologische Modernisierung voranzutreiben. In dem Papier stellen sich Die Grünen als die Stimme für Freiheit und Selbstbestimmung dar und holen zum Rundumschlag gegen die anderen im Bundestag vertretenen Parteien aus: Die Große Koalition gefährde mit ihrem Nichtstun bei Datenschutz bis Klimaschutz Freiheit und Selbstbestimmung in eklatanter Weise und sabotiere die Aufklärung des derzeitigen Überwachungs- und Geheimdienstskandals. DIE LINKE wiederum setze auf radikalen Etatismus, der zu oft zu Lasten von Freiheit und Selbstbestimmung gehe. Die Große Koalition gefährde die Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung kommender Generationen, indem sie ihre finanziellen Spielräume verkleinere. Die Grünen fordern dagegen eine seriöse Haushaltspolitik, um «auch unseren Kindern» die Freiheit zu schaffen, eigene Akzente zu setzen und «nicht nur für unsere Schulden zu arbeiten». Nachhaltige Haushaltspolitik ermögliche es, kommenden Generationen einen finanz-, sozial- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zu vererben. Dazu gehörten neben solidem Haushalten vor allem Investitionen in die Zukunft. «Eine Austeritätspolitik, die einseitig auf eine Kürzung öffentlicher Angebote und die Privatisierung öffentlicher Güter setzt, lehnen wir ab.»

DIE DISKUSSION ZUR EUROPÄISCHEN FRIEDENSPOLITIK

Die Debatte zum Tagesordnungspunkt «Europäische Friedensordnung» offenbarte zum Teil konträre Positionen in der grünen Partei zu äußerst relevanten Fragen. Das betraf insbesondere zum einen das Vorgehen gegen die Milizen des «Islamischen Staates» (IS) in Syrien und im Irak und zum anderen den Ukraine-Konflikt.

Parteichef Cem Özdemir verteidigte in dieser Diskussion seine Minderheitsposition in der Bundestagsfraktion, Waffen an die Kurden im Irak zu liefern, um dadurch dazu beizutragen, den Vormarsch der Milizen des IS zu stoppen. Er äußerte aber zugleich Respekt für die Mehrheitsposition, die sich gegen derartige Waffenlieferungen wandte. Ebenso wie Özdemir sprach sich Fraktionschefin Göring-Eckardt für ein UN-Mandat für ein internationales Eingreifen gegen den IS in der Region mit deutscher Beteiligung aus.

Dagegen verwiesen andere Delegierte auf die grundlegenden Prinzipien grüner Politik und lehnten jegliche Waffenlieferungen in Krisengebiete ab. Sie warnten: «Wer Waffen liefert, wird Flüchtlinge ernten.» Waffenexport sei Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Waffenlieferungen würden militärische Konflikte verlängern. Waffenlieferungen zu fordern, sei Kriegsrhetorik. Es gebe aber keinen gerechten Krieg, es gebe nur gerechten Frieden.

Die langjährige Parteivorsitzende und jetzige Vizepräsidentin des Bundestages, Claudia Roth, betonte, Waffen für die Kurden mögen zwar das Gewissen beruhigen, seien aber keine Lösung für das Problem. Die gesamte Region sei ein einziges Waffenlager. Die Behauptung, die Kurden hätten keine Waffen, sei unredlich. Auch die Kurden hätten in den Kämpfen der letzten Zeit moderne Waffen erobert. Notwendig sei vielmehr humanitäre Hilfe, insbesondere für die Flüchtlinge in der Region. Notwendig sei es, die Hilfsquellen für den IS auszutrocknen und nicht noch Waffen an deren Unterstützer Katar und Saudi-Arabien zu liefern, wie dies die Bundesregierung praktiziere.

Weitestgehende Einigkeit bestand unter den Delegierten darin, dass der Vormarsch der Milizen des IS im Irak und in Syrien nicht ohne militärisches Eingreifen gestoppt werden könne. Strittig war hingegen, ob es für einen internationalen militärischen Einsatz eines UN-Mandats bedürfe und ob sich deutsche Truppen an einem solchen Einsatz beteiligen sollten. Ein Antrag, der sich für einen internationalen Militäreinsatz auch ohne UN-Mandat, aber mit deutscher Beteiligung aussprach, konnte im Meinungsbild nur wenige Delegiertenstimmen auf sich vereinigen. In der Abstimmung über die Position des Bundesvorstandes, die für einen solchen Einsatz ein UN-Mandat vorsah, aber die Frage einer deutschen Beteiligung offen ließ, gegen einen Antrag, der ebenfalls für einen solchen Einsatz ein UN-Mandat vorsah, aber eine Beteiligung der Bundeswehr ablehnte, konnte sich die Position des Bundesvorstandes mit knapper Mehrheit durchsetzen.

Die Abstimmung darüber, ob der Satz «Waffenlieferungen in Krisenregionen halten wir für falsch.» in das Beschluss-Dokument «Europäische Friedenspolitik» eingefügt werden sollte oder nicht, offenbarte eine Patt-Situation. In der schriftlichen Abstimmung, bei der 636 gültige Stimmen abgegeben wurden, votierten 313 Delegierte mit «Ja» und 299 mit «Nein». Zwar wurden mehr Ja- als Nein-Stimmen abgegeben, jedoch wurde das erforderliche Quorum von 319 Stimmen nicht erreicht. Deutlicher konnte die Spaltung der grünen Basisvertreter in dieser wichtigen Frage kaum ausfallen.

Hinsichtlich des Ukraine-Konflikts waren offensichtlich diejenigen Delegierten in der Mehrheit, die sich auf Seiten der ukrainischen Regierung positionierten und EU-Sanktionen gegen Russland befürworteten – auch wenn sich alle einig waren, dass der Ukraine-Konflikt nur politisch und nicht militärisch zu lösen sei. Insbesondere Rebecca Harms, die Co-Vorsitzende der Fraktion Greens / European Free Alliance im Europa-Parlament, bekannte sich «ohne Wenn und Aber» zum westlichen System, das – bei allen Fehlern und Schwächen – das System der Freiheit sei. Im Geiste der Gesinnungsethik (Max Weber) forderte sie von den Grünen, sich – trotz der dortigen Fehler und Probleme – an die Seite der Ukraine zu stellen. Geopolitische bzw. geostrategische Überlegungen, die mit Verständnis für die Position Russlands verbunden sind, wies sie in scharfen Worten entschieden zurück. Ein Antrag mit einer schärferen Tonlage gegenüber Moskau unterlag allerdings mit 220 Ja-Stimmen zu 253 Nein-Stimmen.

Andere Delegierte schlugen moderatere Saiten an. Charlotte Lorentz, Co-Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationales, warb dafür, nicht nur Russlands Annexion der Krim und Putins Rolle im Ukraine-Konflikt zu kritisieren, sondern auch die Rolle der EU in diesem Konflikt zu beleuchten. Weitere Delegierte verwiesen darauf, dass die Gründe für den Ukraine-Konflikt nicht nur bei Russland,

sondern auch hier im Westen liegen würden, und dass sich Russland durch die Veränderungen in den letzten 25 Jahren bedroht und eingekreist fühle. Zudem werde, wenn man den Fall Kosovo mit dem Fall Krim vergleiche, mit zweierlei Maß gemessen. Diese Basisvertreter übten Kritik am unkritischen Umgang mit dem Rechtsextremismus in der Ukraine, forderten eine eigenständige europäische Außenpolitik, die deutlich kritischer zur Ukraine-Politik der USA stehe, und plädierten für kooperative Sicherheitsstrukturen auf neuer Grundlage.

Der radikal-pazifistische Flügel der Grünen um Uli Cremer, der im Ukraine-Konflikt ausschließlich auf den Dialog mit Russland setzte und sich gegen jegliche Sanktionen wendete, blieb allerdings in einer aussichtslosen Minderheitsposition. Seine Kritik, dass sich führende Grüne zur Speerspitze von NATO und EU gegen Russland gemacht hätten, verhallte auf dem Parteitag ungehört.

In ihrem Beschluss zur «Europäischen Friedenspolitik» konstatieren Die Grünen, dass im Jahr der Gedenktage von 100 Jahre Erster Weltkrieg, 75 Jahre Beginn des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre Fall des «Eisernen Vorhangs» mit all seinen Hoffnungen auf ein Zeitalter des Friedens in Europa die internationalen Beziehungen stärker denn je von Krisen, Kriegen und Konflikten geprägt sind: «Wir erleben eine Zeit der Umbrüche und Unsicherheiten.» Mit dem Blick insbesondere auf die Kriege bzw. Konflikte in Syrien, im Irak und in der Ukraine, aber auch in Libyen und in Mali sehen Die Grünen die internationalen Beziehungen von neuen Akteuren und neuen Abhängigkeiten, neuen Machtstrukturen und wechselhaften Dynamiken geformt. Die multilateralen und supranationalen Strukturen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union (EU) würden angesichts der neuen Unübersichtlichkeit an ihre Grenzen geraten. Mit Bedauern stellen Die Grünen fest, dass immer wieder Chancen auf eine frühzeitige Konfliktprävention ungenutzt bleiben, dass Krisen durch eine falsche Handels-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik verschärft werden.

Trotz alledem zeigen sich Die Grünen davon überzeugt, «dass wir Globalisierung gestalten und die kollektive Sicherheit beeinflussen können». Notwendig seien eine handlungsfähige EU, die sich auf die Werte der europäischen Idee stützt, und eine starke UNO, die den globalen Multilateralismus repräsentiert. Notwendig seien jetzt Anstrengungen für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die auf nachhaltigen Lösungen aufbaut und zivile, humanitäre und entwicklungspolitische Maßnahmen ins Zentrum ihres Agierens stellt. Notwendig seien Instrumente zur sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung, «da wir Grüne davon überzeugt sind, dass sich die Lage durch den vom Menschen verursachten Klimawandel und die zunehmende Ressourcenknappheit noch verschärfen wird».

Die Grünen heben hervor, dass ihre Wurzeln unter anderem in der Friedens- und Menschenrechtsbewegungen liegen. Im Umgang mit internationalen Krisen setze grüne Politik immer in erster Linie auf zivile Konfliktprävention und Konfliktlösung, auf Dialog, Diplomatie und Deeskalation. «Bei humanitärer Hilfe, dem Schutz von Flüchtlingen und Menschenrechten und der Stärkung des Völkerrechts sehen wir die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik besonders in der Pflicht. Unsere Politik ist eine Politik der militärischen Zurückhaltung.»

Die Grünen bekennen sich zum Konzept einer umfassenden Schutzverantwortung der UNO. Sie fordern, dass die internationale Gemeinschaft sich aktiv für den Schutz vor schweren Menschenrechtsverletzungen und staatlicher Willkür einsetzen müsse, in schwersten Fällen wie Völkermord gegebenenfalls als «ultima ratio» auch mit Gewalt. Allerdings könne so ein Friedensprozess bestenfalls unterstützt werden und ein Zeitfenster für Krisenbewältigung geschaffen werden. «Frieden selbst kann durch Militär nicht verwirklicht werden.» In diesem Kontext betonen Die Grünen: «Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind für uns immer Einzelfallentscheidungen.»

Erforderlich sei eine EU, die ihr Friedensprojekt nicht nur nach innen praktiziert, sondern sich auch stärker für den Frieden, die Einhaltung der Menschenrechte und das Völkerrecht in der Welt engagiert. In der gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik solle der Europäische Rat (und damit die Staats- und Regierungschefs) die strategischen Interessen der EU und die allgemeinen Leitlinien festlegen. Die Mitgliedstaaten seien deshalb aufgerufen, ihr Vorgehen zu koordinieren, damit die EU mit einer Stimme sprechen könne. «Nur so werden wir eine Antwort auf die aktuellen Krisen in Syrien und dem Irak sowie in der Ukraine geben können.»

In diesem Zusammenhang verurteilen Die Grünen die Gräueltaten und den Massenmord der Milizen des «Islamischen Staates» (IS) an Muslimen, Jesiden, Christen, Turkmenen, Schiiten, Sunniten, Andersgläubigen und Andersdenkenden aufs Schärfste. Angesichts der humanitären Krise halten sie das Vorgehen der

USA und ihrer Partner gegen den IS im Nordirak, das unmittelbar dem Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten diene, für notwendig und «vom Völkerrecht gedeckt». Was die Region jetzt zu allererst brauche, sei eine umfassende politische und humanitäre Offensive.

Die Grünen halten die aktuelle Situation einerseits für so brisant, dass der Vormarsch des IS nicht ohne militärisches Eingreifen gestoppt werden könne. Andererseits würden Waffenlieferungen in Krisenregionen ein immenses Proliferationsrisiko bergen und Konflikte anzuheizen oder neue mit auszulösen drohen. Gemeinsam kritisieren Die Grünen die Bundesregierung dafür, dass sie im Rahmen dieser Frage keine kohärente Strategie vorgelegt habe. «Wir begrüßen», heißt es dann in dem Beschluss, «dass sich die große Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion gegen die Pläne der Bundesregierung Waffen zu liefern entschieden hat, respektieren jedoch auch die Gewissensfreiheit der Abgeordneten, die zu einer anderen Einschätzung gelangt sind.»

Die Grünen schließen in dem Beschluss einen möglichen Einsatz der Bundeswehr gegen die Terrormilizen des IS unter der Voraussetzung nicht aus, dass ein Mandat der UNO dazu vorliegt. Angesichts der «extremen Bedrohung der Zivilbevölkerung in Syrien und Irak» sei ein gemeinsames, effektives Vorgehen im Sinne der Schutzverantwortung durch die UNO «längst überfällig». Russland und China werden aufgefordert, im UNO-Sicherheitsrat eine politische Lösung des Syrien-Konflikts zu ermöglichen. Wenn der Sicherheitsrat weiter blockiert bleibe, sollte sich Deutschland für einen Beschluss der UNO-Generalversammlung einsetzen, die dann an Stelle des Sicherheitsrats «friedens erzwingende Maßnahmen» beschließen könne. «Sollte es zu einem VN-Mandat für militärische Maßnahmen kommen, dann sollte die Bundesregierung eine Beteiligung daran prüfen.»

Hinsichtlich des Ukraine-Konflikts nehmen Die Grünen in ihrem Parteitagebeschluss eine etwas differenziertere Sicht als bisher ein: Die Situation in der Ukraine sei für die Europäische Friedensordnung deshalb so entscheidend, weil es um das Selbstbestimmungsrecht eines souveränen Staates gehe. «Wir Grüne wünschen uns eine enge Partnerschaft mit allen Nachbarn der EU», wird im Beschluss gesagt. Allerdings habe Russland mit der Annexion der Krim und dem Vorgehen in der Ost-Ukraine zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur in Frage gestellt: die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Staaten, die Verpflichtung zur gewaltlosen Konfliktlösung und die Ablehnung gewaltsamer Grenzverschiebungen sowie das Einhalten internationaler Verträge. «Diese Verstöße sind für uns nicht hinnehmbar. Trotzdem bleiben wir für einen Dialog mit Russland offen, um auf eine Verständigung hinzuarbeiten.» Die Aufgabe der EU sei es, in dieser ernstesten Krise ihr Potenzial als Zivilmacht zur Deeskalation, zur zivilen Konfliktbearbeitung und zur Friedensförderung einzusetzen.

Für Die Grünen seien in dieser Situation zwei Richtlinien entscheidend: Die Ukrainer «müssen selbst über ihre Zukunft entscheiden können. Und wir müssen einen Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges verhindern.» Die Grünen bestehen im Zuge des Selbstbestimmungsrechtes der Ukrainerinnen und Ukrainer auch auf deren Recht, eine EU-Beitrittsperspektive anzustreben. Dabei sollte die Ukraine nicht vor die Wahl zwischen einer Annäherung an die Europäische Union und einem guten Verhältnis zu Russland gestellt werden.

«Ein NATO-Beitritt der Ukraine steht für uns nicht zur Debatte», erklären Die Grünen. Diese Diskussion helfe weder der Ukraine noch dem Frieden in Europa weiter. Die Entscheidung, das unsinnige und teure NATO-Raketenabwehrsystem gegen Russland voranzutreiben, habe die Beziehungen in den letzten Jahren unnötig belastet und eine Verständigung erschwert. Russland und die NATO dürften keine Schritte unternehmen, welche die Gefahr einer militärischen Eskalation verstärken würden. Stattdessen könnten Abrüstungsverhandlungen und eine deeskalierende Rhetorik von allen Seiten zur Entspannung und Vertrauensbildung beitragen. Die Grünen unterstreichen, dass sich im Ukraine-Konflikt jede Form von militärischer Intervention verbiete. Die Lösung könne nur eine politische und diplomatische sein. Deshalb hätte die Öko-Partei «die besonnene, schrittweise Sanktionspolitik der EU» unterstützt. «Eine mögliche Revision der Sanktionen hängt vom weiteren Verhalten Russlands ab.»

Beide Konflikte würden eindrucksvoll vor Augen führen, dass die Mitglieder der EU mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müssten. Sie können es sich deshalb nicht mehr leisten, auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verzichten. Eine solche gemeinsame Politik sei allerdings nur zu erreichen, «wenn wir die Europäische Integration mit aller Kraft vorantreiben und uns den Kräften entgegenstellen, die Europa spalten und in seiner Handlungsfähigkeit schwächen wollen». Zu den zusätzlich zu schaffenden

Instrumenten einer verstärkten gemeinsamen Außenpolitik würden das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen im Rat und ein EU-Sanktionshilfefonds gehören.

* * *

FAZIT

Bilanziert man die jüngste Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Hamburg, erscheinen drei Punkte bemerkenswert:

Erstens folgten die Delegierten zumindest in großen Teilen dem Bestreben der Führungsspitze der Grünen, nach dem Dauer-Hickhack der vier Führungskräfte der Öffentlichkeit ein geschlossenes Bild der Partei zu vermitteln und Flügelstreitigkeiten als Angelegenheit der Vergangenheit erscheinen zu lassen. Die eigentlich strittigen Fragen nach dem künftigen Kurs der Partei wurden auf der BDK ausgeklammert, die Frage der Steuerpolitik, in der der Richtungskampf des letzten Jahres kulminierte, auf spätere Parteitage verschoben.

Zweitens. Obwohl insbesondere die Leitanträge zu «Freiheit und Selbstbestimmung» und zur «Europäischen Friedenspolitik» letztlich mit überwältigender Mehrheit angenommen wurden, waren in den Debatten unterschiedliche Akzentuierungen und konträre Auffassungen nicht zu überhören. Das betraf das Verständnis von Freiheit, die zu einem Teil wirtschaftsliberal, zum anderen (mehrheitlichen) Teil in enger Verbindung mit Solidarität und sozialer Verantwortung interpretiert wurde. Und das betraf insbesondere die Frage von Waffenlieferungen in Krisengebiete und die Frage des Einsatzes von Militär zur Konflikteindämmung.

Drittens betonten Delegierte wie Parteiführung die «grüne Eigenständigkeit» und hielten sich für die Zukunft – auf Landes- wie auf Bundesebene – alle Koalitionsoptionen offen: ob Rot-Grün, Rot-Rot-Grün oder Schwarz-Grün. Die Führungsriege der Partei ließ keinen Zweifel daran, dass Die Grünen 2017 um nahezu jeden Preis wieder Regierungsverantwortung im Bund übernehmen wollen.

*Jochen Weichold
Berlin, 25. November 2014*